

Niederschrift

SOZ/017/2023

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Sozialausschusses
der Stadt Rheine
am 07.11.2023

Die heutige Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzende:

Frau Dr. Gertrud Hovestadt	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied/Vorsitzende
----------------------------	-----------------------	--------------------------

Mitglieder:

Frau Maria Abakar-Kadade	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Sachkundige Bürgerin
Herr José Azevedo	CDU	Ratsmitglied/1. Stellv. Vorsitzender
Herr Til Beckers	CDU	Ratsmitglied
Herr Alexander Burmeister	CDU	Ratsmitglied
Frau Evelyn Eggenkämper	BfR	Sachkundige Bürgerin
Frau Annette Floyd-Wenke	DIE LINKE	Ratsmitglied
Herr Udo Hewing	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Frau Nina Homann-Eckhardt	CDU	Ratsmitglied
Frau Yvonne Köhler	SPD	Ratsmitglied
Herr Hans-Hermann Kwiecinski	SPD	Sachkundiger Bürger
Frau Tatjana Lücke	SPD	Sachkundige Bürgerin
Herr Tobias Mersch	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Rainer Ortel	UWG	Ratsmitglied
Herr Friedrich Theismann	CDU	Sachkundiger Bürger

beratende Sachkundige Einwohner:

Herr Johannes-Michael Bögge		Sachkundiger Einwohner f. Familienbeirat
Frau Emine Dursun	SPD	Sachkundige Einwohnerin f. Integrationsrat (ab 17:20 Uhr - TOP 10)

Herr Claus Meier

Sachkundiger Einwohner f.
Beirat für Menschen mit
Behinderung

Frau Sophia van Es

Sachkundige Einwohnerin f.
Seniorenbeirat

Vertreter:

Frau Margret Borkmann

FDP

Vertretung für Herrn Jörg
Lewinski

Herr Dr. Manfred Konietzko

CDU

Vertretung für Frau Birgitt
Overesch

Frau Gabriele Leskow

SPD

Vertretung für Herrn Mano-
haran Murali

Frau Helga Niedoba

CDU

Vertretung für Frau Simone
Berkmann

Herr Waldemar Vogel

CDU

Vertretung für Frau Elisa-
beth Meyer

Herr Prof. Dr. Thorben Winter

CDU

Vertretung für Frau Melanie
Ehrhardt

Verwaltung:

Herr Raimund Gausmann

Beigeordneter

Frau Wiebke Gehrke

Leiterin Fachbereich 8

Herr Stefan Jüttner-von der Gathen

Stabsstelle Sozialdezernat

Frau Annette Wiggers

Jugendamtsleiterin

Frau Andrea Atrott

Schriftführerin

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Frau Simone Berkmann

CDU

Sachkundige Bürgerin

Frau Melanie Ehrhardt

CDU

Ratsmitglied

Herr Jörg Lewinski

FDP

Sachkundiger Bürger

Frau Elisabeth Meyer

CDU

Sachkundige Bürgerin

Herr Manoharan Murali

SPD

Ratsmitglied/2. Stellv. Vor-
sitzender

Frau Birgitt Overesch

CDU

Ratsmitglied

Frau Dr. Hovestadt eröffnet die heutige Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Rheine.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. SOZ/016/2023 über die öffentliche Sitzung am 28.09.2023

Es gibt weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche.

2. Informationen der Verwaltung

Herr Gausmann bezieht sich auf die eingestellten Informationen zur Flüchtlingssituation. Er kommentiert, dass die Stadt Rheine nach dem Wegfall der Zentralen Unterbringungseinheit des Landes vermehrt mit Zuweisungen zu rechnen habe. Aufgrund der langfristigen Wohnraumplanung sei die Stadt noch in der Lage, weiterhin Flüchtlinge aufzunehmen, stelle die Stadt Rheine jedoch vor großen Herausforderungen. Er kündigt an, dass ein Lagebild Ukraine vom 2. November 2023 der Niederschrift beigelegt werde:

Nachtrag:

Lagebild Ukraine, 02.11.2023, 16:00 Uhr

	Thema	Anzahl	Entwicklung seit letzter Meldung
1	Personen – durch FB 8 untergebracht (privat oder städtisch)	676	+ /- 0
	davon	Erwachsene: 396 Kinder: 280	
2	Personen – durch Ausländerbehörde registriert Basis für FlüAG-Meldung	1.561	+ 3
3	Asylbewerberleistungen - aufgenommene Anträge	Bestand 725	Meldung entfällt wegen Rechtskreiswechsel ab 01.06.
4	SGB II – Personen im Hilfebezug	1.032 Personen	+ 20 (Auswertung zum 01.10.2023, aktualisierte kommt zum 08.11.)
5	SGB XII – Personen im Hilfebezug	49 Personen	+ /- 0
6a	Formelle Zuweisungen durch die Bezirksregierung Arnsberg	FlüAG-Erfüllungsquote: 95,42% -56 Personen Stand: 03.11.23	
6b	Aufnahmeverpflichtung gemäß Wohnsitzauflage	Erfüllungsquote 77,76 % - 165 Personen Stand: 29.10.23	
7	Sammelunterkunft Gartenstraße 40 geschlossen zum 08.05.23 - <i>Einrichtung bleibt „Stand by“</i>	0 Personen	./.

8a	Neuzuweisungen nach FlüAG im November 2023	<i>nächste Auswertung zum 29.11.</i>	
8b	Neuzuweisungen nach Wohnsitzauflage im November 2023	<i>nächste Auswertung zum 29.11.</i>	

Er bezweifelt, ob der gestrige Flüchtlingsgipfel, dessen Ergebnisse noch nicht in Bundestags- und Bundesratsbeschlüsse gefasst worden seien, eine deutliche Entlastung bringen werde. Nach Aussagen von Migrationsforschern müsste ein ganzes Paket mit Maßnahmen entwickelt werden. Er ist optimistisch, dass es der Stadt Rheine auch künftig gemeinsam mit der Politik gelingen werde, den Herausforderungen gerecht zu werden.

Herr Hewing teilt mit, dass die AfD bei den Umfrageergebnissen bei 20 % liegen würde. Die Partei würde sich sowohl im Kreis als auch in Rheine bilden, so dass sie im nächsten Rat sitzen könne. Er macht sich Sorgen bezüglich deren Kritik an der Migrationspolitik und fragt sich, was dann gemeinsam noch gehen werde. Er fragt, ob die Kommune dazu Stimmungen mitbekommen würde.

Herr Gausmann verneint die Frage mit Ausnahme des einen regelmäßigen Leserbrief-Schreibers. Er ist optimistisch, dass es gemeinsam mit den demokratischen Parteien immer zu einer guten Mehrheit reichen werde.

3. Einwohnerfragestunde

Es gibt keine Einwohnerfragen.

4. Informationen aus dem Integrationsrat

Frau Dursun berichtet (*unter TOP 15 vorgetragen*), dass die Ludgerusschule sich mit ihrer inter- und multikulturellen Arbeit im Integrationsrat vorgestellt habe. Sie empfehle dem Schulausschuss die Vorstellung als gute Anregung und Unterstützung für andere Schulen.

Des Weiteren habe der Integrationsrat eine Veranstaltung zur Mehrsprachigkeit hinsichtlich des Fachkräftemangels durchgeführt, wie es heute in der Zeitung gestanden habe.

Frau Dr. Hovestadt schlägt Frau Dursun bezüglich ihrer Empfehlung vor, dass der Integrationsrat diese dem Schulausschuss mitteilen möge.

5. Informationen aus dem Beirat für Menschen mit Behinderung

Herr Meier informiert, dass seit der letzten Sozialausschusssitzung keine Beiratssitzung stattgefunden habe. Die nächste Sitzung werde am 13. Dezember 2023 stattfinden.

6. Informationen aus dem Seniorenbeirat

Frau van Es informiert, dass der Seniorenbeirat ebenfalls noch keine Sitzung durchgeführt habe und die nächste Sitzung am 27. November 2023 stattfinden werde. Projekte seien durchgeführt worden.

7. Informationen aus dem Familienbeirat

Herr Bögge informiert, dass der Familienbeirat zwischendurch nicht getagt habe und sich im Dezember 2023 wieder treffen werde. Die Veranstaltung „Obstrettung“, um die Familien für das Thema zu sensibilisieren, sei durchgeführt worden.

8. 3. Sachstandsbericht Sozialmaßnahmen Vorlage: 365/23

Herr Gausmann kommentiert, dadurch, dass die Verwaltung pragmatisch an die Sache herangegangen sei, schaffe sie es gemeinsam mit den freien Trägern, die in 2023 zur Verfügung stehenden Mittel aus dem Stärkungspakt sinnvoll einzusetzen. Ende 2022 habe die Stadt Rheine im Vorgriff des Stärkungspaktes rund 100.000,00 Euro als Härtefallfonds zur Vermeidung von Energiesperren im Haushalt zur Verfügung gestellt, wovon dank der Stadtwerke und anderer Maßnahmen relativ wenig hätte ausgegeben werden müssen. Andere Kommunen scheinen die Mittelverausgabung nicht so gut hinzubekommen, da das Ministerium vor drei Wochen erneut Mittel angeboten habe. Die Stadt Rheine habe sich darauf angemeldet. Das Stärkungspaket werde in 2024 leider nicht weiterlaufen.

Frau Floyd-Wenke teilt mit, dass die Verbraucherzentrale in ihrer Beiratssitzung mitgeteilt hätte, dass im Vergleich mit den größeren Städten in NRW die Anzahl an Stromsperren wieder zugenommen hätte und vermutlich weiter zunehmen werde. Sie fragt, ob es sich in Rheine ebenso abbilden würde und ob diese Fälle aus dem Maßnahmenpaket bedient werden könnten.

Herr Gausmann gibt an, dass er noch keinen Anstieg bemerkt habe. Die Stadt Rheine sei bei den Unterstützungsmaßnahmen zuletzt in der Reihe. Es gebe die Möglichkeit, mit den Energieversorgern Ratenzahlungen zu vereinbaren. Mit den Stadtwerken Rheine sei dazu eine gute Kooperation entwickelt worden. Erst wenn das nicht mehr greife, würde die Stadt Rheine das Hilfspaket bis zum Jahresende zur Verfügung stellen. Wie das in 2024 aussehen werde, werde im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2024 zu entwickeln sein. Strom zur Verfügung zu stellen, gehöre zu den besten präventiven Maßnahmen vor Armut.

Herr Hewing fragt, wie die 30.000,00 Euro zur Stärkung des Demokratieverständnisses von jungen Menschen verausgabt worden seien.

Herr Gausmann antwortet, dass teilweise Projekte daraus hätten finanziert werden können, die im Jugendhilfeausschuss schon beschlossen gewesen seien. Als Beispiel nennt er das gemeinsame Projekt vom Jugend- und Familiendienst e. V. und dem Stadtjugendring Rheine e. V., welches im Jugendhilfeausschuss vor zwei Sitzungen vorgestellt wurde.

Frau Lücke findet es erfreulich, dass für die Tafel mehrere Ehrenamtliche hätten gewonnen werden können. Sie möchte den aktuellen Stand der Nutzerinnen und Nutzer erfahren und fragt, ob dieser weiterhin steigen würde.

Herr Gausmann antwortet, dass er keine aktuellen Zahlen vorliegen habe. Falls es massive Erhöhungen gäbe, werde er die Zahlen der Niederschrift beifügen.

Nachtrag:

Die Anzahl der versorgten Nutzerinnen und Nutzer der Tafel liegt im Zeitraum von Juli 2022 bis November 2023 bei rund 600 Haushalten. Massive Erhöhungen sind nicht zu verzeichnen.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt den 3. Sachstandsbericht zu den Sozialmaßnahmen zur Kenntnis.

9. Jahresbericht Ankommensberatung
Vorlage: 367/23

Frau Gehrke berichtet über die wesentlichen Aspekte der Ankommensberatung. Die Ankommensberatung sei aus dem Förderprogramm „Einwanderung gestalten NRW“ entstanden und im Jahr 2019 erstmals an den Start gegangen. In Rheine gebe es neben der Zuwanderung von geflüchteten Menschen eine nicht unerhebliche Anzahl von Menschen aus dem EU-Ausland; Im Durchschnitt 1.000 bis 1.300 Personen pro Jahr. Die größten Gruppen seien im Augenblick die Rumänen und Bulgaren. Die ukrainische Zuwanderung stelle im Rahmen der EU-Freizügigkeitsregelungen eine Besonderheit dar.

Die Ankommensberatung sei ein aufsuchendes Angebot für zugewanderte Familien oder alleinstehende Personen mit Kindern als Zielgruppe. Das Team „Beratung und Begleitung von Zugewanderten“ führe derzeit 80 aufsuchende Beratungen pro Jahr durch. Beim Orientierungsgespräch würden der zugewanderten Person Informationen im Rahmen der Willkommensmappe überreicht. In den Gesprächen gehe es um viele Alltagsdinge, wie z. B. Busanbindungen, wie sie einen Kitaplatz bekommen oder Sozialleistungsanträge stellen könnten. Wichtig in diesem Projekt sei auch die Kooperation mit der Seiteneinsteigerberatung an Schulen, damit die schulpflichtigen Kinder in die Schule integriert werden könnten. Es sei gelungen, die aufsuchende Beratung längerfristig bei den Migrationsberatungen der Stadtteilbüros und des Caritasverbandes Rheine e. V. zu etablieren.

Durch eine finanzielle Förderung im Rahmen des kommunalen Integrationsmanagements werde es möglich, die Ankommensbroschüre in verschiedenen Sprachen zu erstellen. Dieses sei ein lang gehegter Wunsch des Sozialausschusses gewesen und werde einen Mehrwert für die in Rheine ankommenden Menschen bringen.

Herr Burmeister lobt die Verwaltung. Er habe selten so eine gut gemachte und verständliche Informationsmappe für ankommende Menschen gesehen.

Herr Hewing bezieht sich auf die Tabelle der Vorlage, die nach Familienmitgliedern, Paaren und Alleinstehenden unterteilt ist. Er fragt, ob die Spalte der Alleinstehenden nach Frauen und Männern aufgeteilt werden könne.

Frau Gehrke gibt an, diese nachzuliefern.

Nachtrag:

Die Aufteilung nach Geschlecht wird zum nächsten Jahresbericht der Ankommensberatung umgesetzt. Rückwirkend ist eine Bearbeitung der Daten aus personellen Gründen nicht möglich.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt den Jahresbericht zur Ankommensberatung des Teams Beratung und Begleitung von Zuwanderern zur Kenntnis.

10. Wohnangebot für Menschen mit Behinderung - Schließung der Finanzierungslücke
Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 25. Oktober 2023
Vorlage: 448/23

Als Antragsteller führt Herr Hewing aus, dass der Antrag kurzfristig eingereicht worden sei. Er habe Verständnis dafür, dass die Verwaltung sich noch nicht dazu hätte äußern können. Eine Verschiebung auf eine der nächsten Sitzungen würde Sinn machen. In den zweieinhalb Jahren seiner Sozialausschuss-Mitgliedschaft sei das Thema immer präsent gewesen und er habe zwischendurch Hoffnung gehabt. Jedoch würde das Ergebnis für die betroffenen Menschen mit Behinderung und ihren Angehörigen bei null liegen. Er wünsche sich Handlungsanweisungen für die Politik. Er glaube nicht, dass die von Herrn Minister Laumann bis Weihnachten angekündigten Antworten kommen würden.

Herr Azevedo stimmt dem Gesagten zu. Die Verwaltung habe sich in der Vergangenheit bei diesem Thema, mehr als es ihre Rolle sei, bemüht. Sie habe gut zwischen den Parteien moderiert, auch was mögliche Grundstücke angehen würde. Um die erforderlichen Bedingungen zu analysieren, sei dieser Antrag ein wichtiger Schritt.

Frau Lücke gibt an, dass der SPD-Fraktion das Thema genauso wichtig sei, wie ihren Vorrednerinnen und Vorrednern. Sie schlägt vor, dass der Prüfauftrag der Stadt Rheine zu dem Finanzierungsdelta bei dem intensiv ambulant unterstützten Wohnen heute beschlossen werde. Das könnte unabhängig von einer Terminverschiebung des Tagesordnungspunktes parallel laufen, um keine Zeit zu verlieren.

So lange Herr Minister Laumann das Problem zwischen Land und Bund nicht gelöst hätte, was die investiven Kosten für das IABW (*Intensiv Ambulant Betreutes Wohnen*) betreffe, wäre es gut, wenn die Stadt Rheine so lange die betreuten Wohnplätze in der besonderen Wohnform mit dem Landschaftsverband umsetzen würde. Weder die Angehörigen noch die Kommunen würden die Verantwortung dafür tragen, dass mit dem Bund eine Finanzierungslücke entstanden sei. Sie schlägt vor, dass die Stadt Rheine darüber nachdenken solle und dies für die Sitzung im Januar 2024 aufbereiten möge.

Herr Gausmann erläutert, dass die Verwaltung in der Vergangenheit aktiv gewesen sei und Kontakt mit dem Landschaftsverband aufgenommen habe, auch was die Aussage von Herrn Laumann betreffe, dass er bis Weihnachten etwas regeln wolle. Denn ohne den Landschaftsverband würde es nicht laufen. Nach einem aktuellen Schreiben des Ministers an beide Landschaftsverbände würden nun auch 24-iger Einheiten in unterschiedlich betreuten Wohnformen zugelassen werden. Der Landschaftsverband wolle die Handlungsorientierungen, die der damalige Dezernent ohne politische Beschlüsse seinen Mitarbeitenden zur Verfügung gestellt hätte, auf den Prüfstand stellen lassen.

Ein Finanzierungsdelta könne er für die Sitzung am 31. Januar 2024 nicht zur Verfügung stellen, weil diese Fragestellung eine zentrale Rolle spiele. Die Raumkonzepte, die der Landschaftsverband Westfalen-Lippe in den betreuten Wohnformen andenke, müssten überdacht werden. Hier gehe es nicht um die Wohnform für Menschen mit Beeinträchtigung, die eine eigenständige Lebensführung als Ziel habe, sondern um Menschen mit Mehrfachstbehinderungen, die nie kochen werden würden. Durch den Verzicht auf die Apartmentküche könnten 10 bis 12 m² Wohnfläche eingespart werden. Er fragt sich, warum das hier nicht möglich sei, es aber wiederum für die Gruppenform des Frauenhauses eine Förderung ohne Apartmentküche gebe, wo doch einige Frauen Schwierigkeiten hätten, ihre Kinder zu ernähren.

Ein Pflegebad sei eine klassische eingliederungsbedingte zusätzliche Leistung, die trotz Wohn- und Teilhabegesetz oder des BTHGs (*Bundesteilhabegesetz*) nicht im Investorenmodell abgebildet werde. Dies sei eine weitere zentrale Fragestellung, die in den Finanzierungsstrukturen abgebildet werden müsse.

Er habe mit Ausnahme aus dem Jahre 2021 keine detaillierte Kostenplanung eines Trägers gesehen. Die Wohnungsgesellschaft habe noch nie ein Haus für Menschen mit besonderen Beein-

trächtigungen in einer besonderen Wohnform gebaut und müsse, falls der Aufsichtsrat dem zustimmen würde, neu in die Planung einsteigen. Die Verwaltung könne bis zum 31. Januar 2024 Eckpunkte zur Verfügung stellen, wo sie nach den Vorgaben vom LWL und von den Bundes- und Landesvereinbarungen Möglichkeiten für eine kurzfristige Errichtung einer solchen Wohnform in Rheine sehen würde.

Frau Dr. Hovestadt fragt, ob es ohne Küche zur einer Standardsenkung kommen würde, die aber gesetzt festgelegt sei. Es seien im Münsterland, sogar im Kreis Steinfurt, vom LWL 24-iger Häuser gebaut worden. Dieser hätte die aktuellen Baukosten vorliegen.

Herr Gausmann antwortet, dass dieses zwei Jahre her sei. Auch wenn der LWL für sich selbst 24-iger Einrichtungen genehmigt hätte, so seien diese für Rheine dennoch von vornherein ausgeschlossen gewesen. Das Thema Standardreduzierung werde ebenfalls diskutiert werden müssen. Nach dem Städtebauförderministerium des Landes sei die Förderung einer Einrichtung ohne individuelle Kucheneinrichtung denkbar. Das WTG (*Wohn- und Teilhabegesetz*) sei in dieser Form über das Ziel des Alltagsstandards hinausgeschossen, da diese angedachte Personengruppe nie eine Küche benötigen werde.

Frau Lücke kommentiert, dass sowohl die von Frau Dr. Hovestadt benannten und von Herrn Minister Laumann in Aussicht gestellten Punkte, z. B. über die Quadratmeterzahlen oder Räumlichkeiten nachzudenken, eine Richtlinienveränderung zur Folge haben müssten. Die WTG-Behörde, die Landschaftsverbände und die Interessensvereinigungen von Menschen mit Behinderung müssten diesen Weg mitgehen. Sie macht sich sorgen, dass damit noch sehr viel Zeit ins Land gehen könne. Beispielsweise habe das DRK als Träger der freien Wohlfahrtspflege ein Intensiv Ambulant Unterstütztes Wohnen im Kreis Steinfurt gebaut. Auch dort könnten die Zahlen abgefragt werden, um mit der Wohnungsgesellschaft einen weiteren Gedankenstrang schaffen zu können. Darüber hinaus könnten schon Gespräche mit den Trägern über die besonderen Wohnformen nach den Vorgaben des Landschaftsverbandes geführt werden.

Herr Gausmann erwidert, dass das DRK im Kreis Steinfurt eine Wohnform für Autismus-Spektrum-Störungen errichtet habe und dort andere Raumvoraussetzungen vorlägen als für eine Wohnform für mehrfach schwerstbehinderte Personen. Er schlägt vor, erst die diesjährigen Gespräche von Herrn Minister Laumann abzuwarten und im Januar 2024 auf die Ergebnisse aufzubauen.

Herr Hewing ist mit dem Vorschlag einverstanden.

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wird auf die Sitzung am 31. Januar 2024 verschoben.

11. Teiljahresabschlussbericht 2022 - Sonderbereich 2 - Produktgruppe 24 - Offene Senioren- und Behindertenarbeit Vorlage: 390/23

Herr Gausmann führt aus, dass das aufgeführte verbessertes Ergebnis mit 213.000 Euro coronabedingt entstanden sei. Die Mittel seien teilweise in 2023 übertragen und verausgabt worden. Von daher führe die Verbesserung zu keinem Einsparpotential für den Haushalt 2024.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt den Teiljahresabschlussbericht 2022 für den Sonderbereich 2 – PG 24, Offene Senioren- und Behindertenarbeit – zur Kenntnis.

**12. Teiljahresabschlussbericht 2022, Fachbereich 8, Produktgruppen 81 - 84
Vorlage: 340/23**

Frau Gehrke berichtet, dass die Mehrausgaben insbesondere durch die Zuwanderung aus der Ukraine entstanden seien, z. B. für die Ausstattung und Einrichtung von Unterkünften, Sicherheitsdienste und Personalaufwendungen in verschiedenen Bereichen. Fördermittel seien geflossen.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt den Teiljahresabschlussbericht 2022 für den Fachbereich 8 – Produktgruppen 81 - 84 – zur Kenntnis.

**13. Berichtswesen 2023 zum Stichtag 31. Oktober 2023 - Sonderbereich 2 - Produktgruppe 24 - Offene Senioren- und Behindertenarbeit
Vorlage: 391/23**

Herr Gausmann verweist auf die Vorlage. Es gibt keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Sonderbereich 2 – PG 24 Offene Senioren- und Behindertenarbeit – mit dem Stand der Daten zum 31. Oktober 2023 zur Kenntnis.

**14. Berichtswesen 2023, Stichtag 31. Oktober 2023, Fachbereich 8, Produktgruppen 81 - 84
Vorlage: 341/23**

Frau Gehrke teilt mit, dass es 2 Mio. Euro zusätzliche finanzielle Mittel von Bund und Land für die Unterbringung, Versorgung und Betreuung von Geflüchteten geben werde.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Fachbereich 8 – Produktgruppen 81 - 84 – mit dem Stand der Daten zum 31. Oktober 2023 zur Kenntnis.

15. Anfragen und Anregungen

Frau Floyd-Wenke berichtet, dass nach einem Zeitungsartikel die Entscheidung zum 49,00 Euro-Ticket in der stattgefundenen Ministerpräsidentenkonferenz auf die Tagung im nächsten Jahr geschoben worden sei. Das Sozialticket, welches von den Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE im Kreis beantragt worden sei, werde im Kreis Steinfurt umgesetzt. Somit könne das Sozialticket weiterhin für weniger Geld finanziert werden. Sie schlägt vor, dieses auf der Homepage veröffentlichen zu lassen.

Ende öffentliche Sitzung: 17:38 Uhr

Dr. Gertrud Hovestadt
Ausschussvorsitzende

Andrea Atrott
Schriftführerin